

Abendland? Ist abgebrannt

Es bringt nichts, dauernd auf die Populisten zu schimpfen. In einem haben sie sogar recht: Eine Alternative zur nationalen Identität hat ihnen der Westen bis heute nicht angeboten.

Den Populismus gibt es eigentlich gar nicht. Jedenfalls bezeichnen sich die als „populistisch“ etikettierten Bewegungen und Parteien in der Regel selbst nicht so. Auch deshalb ist der Begriff von vornherein negativ besetzt. Die Brexiteers in Großbritannien, den Front National in Frankreich, die Partei für die Freiheit in den Niederlanden, die griechische Syriza sowie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien verbindet ein Reflex: die Ablehnung der Europäischen Union in ihrer heutigen Verfasstheit. Bei den Versäumnissen und Defiziten, die ihr angelastet werden, rangiert an vorderster Stelle die massive Immigration, die von vielen Bürgern, und nicht nur von den Anhängern dieser Bewegungen und Parteien, als Überforderung wahrgenommen wird.

Genau genommen handelt es sich dabei nicht nur um ein Misstrauensvotum gegen Europa, sondern auch um eine Absage an den Westen insgesamt. Denn in den Augen derer, die diesen Bewegungen und Parteien in Scharen zulaufen, hat der Westen vor den Herausforderungen der globalisierten Welt versagt, wenn nicht kapituliert. Man mag diese Sicht auf die Gegenwart für falsch oder abwegig halten, aber das ändert nichts an einem unabweisbaren Befund: Die westlichen Gemeinschaften sind in einer anderen und für eine andere Welt aus der Taufe gehoben worden.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), eine Vorläuferin der heutigen Europäischen Union, und die Nato waren Kinder des Kalten Krieges. Sie lebten vom Ost-West-Gegensatz. Keine dieser Gemeinschaften war 1991 auf den Abgang der Sowjetunion und auf das Ende des Kalten Krieges vorbereitet. Keine von ihnen hat es in den darauffolgenden fünfundsiebenzig Jahren geschafft, sich den grundlegend geänderten Verhältnissen anzupassen. Das unterscheidet sie von den sowjetisch dominierten Gemeinschaften wie dem Warschauer Pakt – die mussten mit ihrer Führungsmacht von der Weltbühne abtreten.

Der Westen zog keine vergleichbare Konsequenz. Unfähig oder unwillens zur Reform, aber auch überwältigt vom Andrang der jungen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, nahmen Nato und Europäische Union in Serie neue Mitglieder auf. Im Falle der EU führte das auch deshalb an den Rand des Infarkts, weil die Erweiterung zu einer Welle innereuropäischer Migration führte. Für Länder wie England und Frankreich, die Niederlande und Belgien, in gewisser Weise auch Italien war das nach der Einwanderung aus ihren vormaligen Kolonien, die in den fünfziger Jahren einsetzte, schon die zweite. Man darf nicht vergessen, dass in der Gründungsphase des integrierten Europas noch vier ihrer sechs Mitglieder Kolonial- beziehungsweise Mandatsmächte waren.

Hauptkritikpunkt Migration

Als, auch infolge der deutschen Entscheidung vom September 2015, die Grenzen für Hunderttausende Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende offenzuhalten, eine dritte Welle anstand, erwarteten die Menschen in diesen Staaten von ihren Regierungen, dass sie die Notbremse zögen. Das war für viele Briten der hauptsächliche Grund, warum sie Europa den Rücken gekehrt haben. Überraschend an dieser Entwicklung ist lediglich, dass sie überrascht hat. Dabei gab es einen Vorläufer: Dass Franzosen und Niederländer 2005 die europäische Verfassung in Referenden scheinern ließen, war auch eine Quittung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Damals zeigte sich, dass die Regierungen nicht (mehr) hörten oder hören wollten, wie ihre Völker die sogenannte Ost-Erweiterung wahrnahmen: als Überforderung, Überfremdung und, so gesehen, als Gefährdung ihrer nationalen Identität. Es gab Ausnahmen. Die gewichtigste waren die Deutschen.

Das lag auch an ihrer jüngeren Geschichte. Denn die Bewohner der politisch und militärisch nur eingeschränkt souveränen alten Bundesrepublik suchten und fanden im integrierten Europa einen passenden Ersatz für jene nationale Identität, die ihnen, und nicht nur ihnen, im Übrigen versagt war. Bis heute sehen die meisten Deutschen in Europa auch eine identitätsstiftende Einrichtung. Hier liegt einer der Gründe, warum der antieuropäische Reflex, wie ihn noch am

ehesten die AfD verkörpert, hierzulande auf vergleichsweise bescheidene Resonanz stößt.

Nirgends sonst in Europa begriff oder begreift man die EU als eine Institution, die eine supranationale an die Stelle einer partikularen nationalstaatlichen Identität setzen könnte – im Gegenteil: Praktisch alle anderen etablierten Mitglieder, die Neuankömmlinge sowieso, sehen in der Gemeinschaft eine Garantie für die Wahrung beziehungsweise Festigung ihres Nationalstaates und damit ihrer partikularen Interessen. Auch deshalb sind seit den fünfziger Jahren sämtliche Versuche gescheitert, der Gemeinschaft das fehlende gemeinsame politische und militärische Fundament zu verpassen. Zu den gravierendsten Versäumnissen zählt das Scheitern einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik.

Überrascht es da wirklich, dass sich die Menschen in Scharen solchen Parteien und Bewegungen zuwenden, die in der Rückbesinnung auf nationale Stärken und Fähigkeiten einen Ausweg aus dieser Misere versprechen? Dass die europäische Idee ursprünglich auch eine Antwort auf das katastrophale Scheitern der Nationalstaaten im Zeitalter der Weltkriege war, ist heute kaum jemandem mehr geläufig. So gesehen, ist es konsequent, dass in Gestalt Großbritanniens erstmals ein Mitglied freiwillig die EU verlässt. Und es ist ein Fanal, nicht wegen des Schrittes selbst – die EU kann ohne Großbritannien auskommen –, sondern weil die Entscheidung der Briten für eine Rückbesinnung auf nationale Kräfte und Qualitäten beim Krisenmanagement in der Flüchtlings- und Migrationsfrage steht.

Und die Insulaner sind beileibe nicht die ersten, die diesen Weg eingeschlagen haben. Vielmehr waren es ausgerechnet die europäischen Musterknaben, die sich für den Alleingang entschieden: Denn die Änderungen des Asylrechts und das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, die 1993 beziehungsweise 2004 den Deutschen Bundestag passierten, waren nationale Alleingänge mit erheblichen Rückwirkungen auf die europäischen Nachbarn.

Die Logik des Nationalismus

Seit Ende des Kalten Krieges werden wir mithin in Europa Zeugen der Renaissance eines Phänomens, das man für ausgestorben hielt. Die Wiederkehr des nationalen Krisen- und Konfliktmanagements, das vielerorts nahtlos in den Nationalismus und Chauvinismus übergeht, ist auch, wenn nicht in erster Linie, eine Antwort auf das Reformversagen der EU. Dass man sich an ihren Töpfen gleichwohl, oder eben deshalb, hemmungslos bedient, ist kein Widerspruch, sondern liegt in der Logik des Nationalismus, der ja auch eine Variante des kollektiven Egoismus ist.

In ihrer heutigen Verfassung ist die EU, wie die übrigen internationalen Gemeinschaften des Westens, aus der Zeit gefallen. Es sind Anachronismen. Kaum ein Argument, das für die Beibehaltung in ihrer überkommenen Façon mobilisiert wird, sticht heute mehr, auch nicht der Hinweis auf ihren Charakter als „Wertgemeinschaft“. Das waren die Nato und die EU nur insofern, als sie bis zum Ende des Kalten Krieges eine Alternative zu den totalitären Regimen ihrer Zeit formuliert und diese garantiert haben. Für ihre Mitglieder war das ein Glücksfall. Für andere nicht. Spätestens seit die Vor- und Garantiemacht dieser Gemeinschaft unter Berufung auf deren Werte in Vietnam einen zehnjährigen Krieg auch gegen die Zivilbevölkerung führte, hatte der Westen seine Glaubwürdigkeit verloren, nicht nur beim weltpolitischen Gegner oder in der damals so genannten Dritten Welt, sondern auch in den eigenen Reihen.

Historisch gesehen, gibt es diesen alten Westen schon seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Jetzt steht die politische Kündigung ins Haus, und das nicht nur durch den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch durch eine Reihe von Völkern Westeuropas. Ihren Drang weg aus den überkommenen Gemeinschaften selbstgerecht und überheblich als „Populismus“ zu diffamieren hilft nicht. Denn die Positionen, die von diesen Bewegungen besetzt werden, sind „populär“. Sie sind deswegen populär, weil diese Bewegungen in den Augen ihrer Anhänger gerade nicht in der Vergangenheit festsitzen, wie ihre Gegner und Kritiker es unterstellen.

Dass die führenden Figuren einiger dieser Bewegungen womöglich nicht nur die Strukturen dieser jüngeren Vergangenheit auflösen wollen, stimmt wohl; dem gilt es Einhalt zu gebieten. Aber das tut man nicht, indem man sich an diese Vergangenheit klammert. Wer den Westen retten will, muss ihn von Grund auf reformieren. Es ist fünf Minuten vor zwölf. Die Gefahr der Torschlusspanik wächst mit jedem verlorenen Tag. GREGOR SCHÖLLGEN

Der Verfasser lehrte bis 2017 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Zuletzt erschien von ihm „Krieg – Hundert Jahre Weltgeschichte“.